

## Jahrestagung des Komitees in Berlin

Welche Gesundheit ist möglich? – Gesundheit im kapitalistisch-technologisch-medizinischen Komplex  
22. – 24. September 2006 im Bildungs- und Begegnungszentrum Clara Sahlberg, Berlin-Wannsee

Tagungsablauf

**Freitag, 22.9.2006**

17.00 Uhr: Einführung: Was hat Gesundheit mit Menschenrechten und Demokratie zu tun? *Wolf-Dieter Narr*

19.30 Uhr; Körpervorstellungen – zum modern-technischen Blick und den ihm nachfolgenden „Operationen“: *Barbara Duden*

**Samstag, 23.9.2006**

9.30-10.45 Uhr: Hauptsächliche Faktoren und Funktionen des gegenwärtigen Gesundheitssystems und seine Folgen für die BürgerPatientInnen – an einem Beispiel à la Krankenhaus oder an ausgewählten Beispielen ambulanter und stationärer Versorgung; *Hagen Kühn* (angefragt)

11.15 - 12.30 Uhr: Am Exempel elektronische Gesundheitskarte – zu ihren individualisierenden, kontrollierenden und steuernden Funktionen: *Petra Gehring* (angefragt)

Arbeitsgruppen: 14.30 - 18.30 Uhr

(1) Die elektronische Gesundheitskarte – „interne“ und „externe“ Effekte  
*Uta Wagenmann* zur Standardisierung in der Medizin mittels Auswertung von Datensammlungen; Koordination: *Wolf-Dieter Narr*

(2) Das Berufsfeld von Ärzten der Gegenwart, das Arzt-Patient-Verhältnis und ihre Bedingungen im Kontext des Gesundheitssystems, das heißt zugleich des „Gesundheit“ versichernden Apparats – Wahlchancen und Grenzen; Koordination: *Theo Christiansen*

(3) Verantwortung für den eigenen Körper? Zwischen Selbstbestimmung, professioneller Hilfe und der Pflicht zur Vorsorge – inmitten des etablierten Gesundheitssystems mit *Barbara Duden*; Koordination: *Elke Steven*

20.15 Uhr Nachtprogramm mit und von *Peter Grohmann*

**Sonntag, 24.9.2006**

9.30 - 11.00 Uhr: Perspektiven für die Gesundheitspolitik: *Rolf Rosenbrock*

11.30 -12.30 Uhr: Was könn(t)en, was soll(t)en, was müss(t)en wir gegen ein Stück brave new health world am Exempel der eGk tun? Thesen und deren Diskussion; Moderation: *Theo Christiansen, Elke Steven*

Anmeldung und Rückfragen bitte an das

Komitee für Grundrechte und Demokratie  
Telefon: 0221 – 97 269 -30; Fax: -31  
info@grundrechtekomitee.de

Die Teilnahmekosten betragen incl. Übernachtungen und Vollverpflegung für zwei Tage: 140,- Euro im Doppelzimmer und 160,- Euro im Einzelzimmer.

## Ihre SOMMERSPENDE für das Komitee

Dieser Aussendung liegt neben den INFORMATIONEN und dem von Andreas Buro verfassten Dossier zum aktuellen Iran-Konflikt auch ein Überweisungsträger bei. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie dem Komitee eine kleine oder auch größere Sommerspende zukommen lassen könnten. Über unsere derzeitigen finanziellen Engpässe haben wir hinreichend berichtet. Wie heißt es so schön in einem Sprichwort: Mit dem Geld ist es wie mit Mist – nur wenn man es ausstreut, bringt es reiche Frucht. So hoffen wir auf eine erntefördernde Sommerdünung für das Komitee!

Für alle Spenden und Förderbeiträge an das Komitee erhalten Sie im Januar 2007 eine steuerlich absetzbare Spendenquittung.

*Martin Singe*

### Spendenaufruf

Komitee für Grundrechte  
und Demokratie

Volksbank Odenwald  
BLZ 508 635 13  
Konto 8 024 618

## Komitee-Jahrbuch geht auf's Dampfboot

Nach ausführlichen Debatten hat der Komitee-Vorstand beschlossen, das Jahrbuch künftig in Kooperation mit einem Verlag herauszugeben. Eine größere Verbreitung erhoffen wir uns auch davon. Mit dem Westfälischen Dampfboot-Verlag, Münster, wurde im Juli ein Vertrag geschlossen.

Damit wechselt allerdings der Erscheinungsrhythmus. Das nächste „Jahrbuch 2007“ wird im März/April 2007 erscheinen und ist dem Thema „Völkerrecht und Menschenrechte“ gewidmet. Der Schwerpunkt soll künftig ausführlicher behandelt werden. Um jedoch den Gesamtumfang etwas zu reduzieren, werden wir auf die „Monatskalender“ verzichten und den Dokumententeil etwas straffen.

Die Verlagsentscheidung wurde in erster Linie wegen des erhofften Werbeeffektes (Werbung über das Verlagsprogramm etc.) getroffen. Mit unserer Hausdruckerei „hbo-druck“ in Einhausen werden wir weiterhin bei allen anderen Publikationen eng zusammenarbeiten. Familie Brückmann, die die „hbo-Druckerei“ in Einhausen führt, hat sich seit Erscheinen des Jahrbuchs immer besonders intensiv um dieses Werk gekümmert und vor allem in die Bebilderung und die Umschlagausstattung viele Mühen investiert. So ist uns die Entscheidung nicht gerade leicht gefallen. Deshalb an dieser Stelle einmal ein ganz herzliches Dankeschön an alle MitarbeiterInnen von hbo-Druck und an Familie Brückmann für die nun schon 25 Jahre währende hervorragende Kooperation!

*Martin Singe*

## Neuer Verfassungsschutzskandal verstärkt die alte Botschaft: der Verfassungsschutz ist strukturell und funktional auf Missbrauch angelegt

Durch den „Spiegel“ vom 11.06.2006 wurde bekannt, dass das Berliner Sozialforum und darin ein Vorstandsmitglied vom Grundrechtekomitee, Peter Grottian, seit dessen Gründung vor über drei Jahren durch Verdeckte Ermittler vom Berliner Verfassungsschutz und dem Bundesamt für Verfassungsschutz überwacht wird.

In einer öffentlichen Sitzung des Berliner VS-Ausschusses am 22.6.2006 bestätigten dessen Leiterin und der Innensenator Berlins die Bespitzelung. Sie begründeten diese mit im Sozialforum tätigen „überwachungsrelevanten“ (autonomen) Gruppen. Die Überwachung des Bündnisses und seiner Aktivitäten sei notwendig. Die Akten umfassen mittlerweile über 800 Seiten, davon 80 Seiten, die den Namen Peter Grottian führen.

Der vorgetragene Vorwand öffnet Tür und Tor für Missbrauch und weist zugleich auf das „normale“ Eigenleben vom VS hin. Das ist das eigentliche Politikum: Auch das erneuerte Verfassungsschutzgesetz in Berlin von 2001, das die geheimdienstlichen Eingriffsmöglichkeiten nur parlamentarisch ermächtigt

und strikt kontrolliert erlauben wollte, bleibt symbolisch. Wenn nicht Geheimhaltung, Kalte-Kriegsabwehr und das strukturell funktionale Eigenleben des VS gleichzeitig ausgehebelt werden, ist dieser nicht reformierbar!

Der Skandal verweist aber auch auf die herrschende Sorge gegenüber den neuen Sozialprotesten, die mit neuen breiten Bündnissen und Protestformen für Unruhe sorgen. Grundsätzlich geht es weniger um das Sozialforum als um einen Angriff auf die außerparlamentarische Opposition, die sich gegen den wachsenden Abbau sozialer Rechte und die Entdemokratisierung der Gesellschaft organisiert. Es gilt, sich gemeinsam zu wehren, nicht spalten zu lassen und den Verfassungsschutz nicht aus den Augen zu lassen.

*Corinna Genschel*

Mitbegründerin der Initiative für ein Berliner Sozialforum und im Vorstand des Komitee für Grundrechte und Demokratie

Weitere Informationen: [www.sozialforum-berlin.de](http://www.sozialforum-berlin.de)

Das Komitee hat gemeinsam mit dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein und der Humanistischen Union eine Erklärung „Neuer Verfassungsschutzskandal verstärkt eine Botschaft ...“ herausgegeben, die im Kölner Büro angefordert werden kann (auch unter [www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)).



# Fußball-WM - Ein Rückblick

Allüberall herrscht medienwirksam inszeniertes Lob für das „nationale Sicherheitskonzept“, mit dem die WM begleitet wurde. Sicherheitsbehörden und Verteidigungsminister loben sich selbst. Sie lassen die Frage, ob all diese in die Freiheitsrechte eingreifenden Maßnahmen zur Fußball-WM wirklich notwendig waren, erst gar nicht zu. Sie stellen das Gelingen fest, um im nächsten Moment noch weitergehende Eingriffsbefugnisse zu fordern. Die Anti-Terror-Gesetze sollen ausgedehnt werden.

Tatsächlich ist die WM vorrangig ansteckend fröhlich und friedlich verlaufen. Allerdings waren die teilnehmenden Menschen aus aller Herren Länder die Garanten dieser Friedlichkeit, nicht die polizeilichen Überwachungen und Eingriffe.

Sicherheitspolitisch wurde die WM als Test für das präventivpolizeiliche Instrumentarium missbraucht. Lange vorher wurde mit der Datensammlung begonnen. Die Zahl der in der Verdachtsdatei „Gewalttäter Sport“ gespeicherten Personen nahm in den letzten zwei Jahren massiv zu. Systematische Ausforschung und Überwachung von Personen und Zusammenhängen kennzeichnen das sicherheitspolitische Vorgehen. Mit der Fußball-WM wurden Muster der Datensammlung, der Überwachung und des polizeilichen Eingreifens bei nicht-konformem Verhalten erprobt und für die Zukunft etabliert.

## Präventive Festnahmen

Sieht man sich die Bilanzen genauer an, so erschrecken trotz aller Feierstimmung einige Zahlen, die einer genaueren Überprüfung bedürfen. In diesen vier WM-Wochen wurden 9.000 Personen fest- oder in Gewahrsam genommen. Mehr als die Hälfte dieser Personen - in NRW 60% - wurde „gefahrenabwehrend“ ihrer Freiheit beraubt. Ihnen werden keine Straftaten vorgeworfen; von ihnen

behauptete die Polizei vielmehr, dass sie solche vielleicht in Zukunft begehen könnten. Umfassende Überwachungsmaßnahmen, Einsatz von verdeckten Ermittlern, auch von als Fans getarnten Zivilpolizisten (Kölner Stadt Anzeiger, KStA, 6.7.06) waren die Voraussetzungen dieses Vorgehens, das sich einer demokratischen Kontrolle entzieht.

In Dortmund und Köln haben wir polizeiliche Einkesselungen beobachtet. Als in Dortmund eine Gruppe inmitten der Feiern eingekesselt wurde, kam es daraufhin zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Aus dieser Gruppe wurde dann auch mit Gesten die rechtsradikale Gesinnung zum Ausdruck gebracht. In Köln hatte die Polizei „Verdächtige“ den ganzen Tag über beobachtet (gemäß Interview mit dem Polizeipräsidenten Klaus Steffenhagen im KStA, 11.7.06). Als diese abends gemeinsam in einem Lokal waren, griff sie zu. Worauf sich der Verdacht gründet, bleibt uns BeobachterInnen verborgen. Gegenstände flogen jedenfalls erst nach Beginn des polizeilichen Einsatzes. Aus der Kneipe wurden einige Personen aussortiert und in Gewahrsam genommen, die Kriterien der Sortierung blieben im Dunkeln des polizeilichen „Wissens“.

Jede Festnahme stellt einen schwerwiegenden Grundrechtseingriff dar, der nicht mit bloßen Vermutungen begründet werden darf. Er muss konkret und bezogen auf jeden einzelnen Fall fundiert sein.

Kollateralschäden sind nicht tolerierbar. Vor allem im Kontext der vielen Ingewahrsamnahmen im Wendland haben Gerichte mehrmals eingefordert, dass solches Vorgehen ausreichend begründet sein muss, die Bedingungen des Gewahrsams denen einer menschenwürdigen Unterbringung entsprechen müssen und eine sofortige richterliche Überprüfung eingeleitet werden muss.

## Gefängnisparkplatz

In Stuttgart wurden in der Nacht zum Sonntag, 25.6.2006, 419 Personen, vorrangig Engländer, fest- oder in Gewahrsam genommen. Auch hier ist zu vermuten, dass viele vorbeugend, und weil sie sich am falschen Ort aufhielten, ihrer Freiheit beraubt wurden. War dies verhältnismäßig? Hätte es nicht mildere Eingriffsmittel gegeben? Zu kritisieren ist darüber hinaus ihre Behandlung während des Freiheitsentzugs. Sie wurden über Nacht auf einem (überdachten) Parkplatz „abgestellt“, ohne Matratzen, Decken, Sitzgelegenheiten - soweit wir wissen. Sie hatten nur eine Toilette zur Verfügung und erhielten kaum Wasser und Verpflegung. Eine richterliche Überprüfung wurde gar nicht erst eingeleitet.

Die Polizei bezeichnet in ihren abschließenden Pressemitteilungen durchweg alle, die fest- oder in Gewahrsam genommenen wurden, als Gewalttäter und Chaoten. Dies entspricht einer Vorverurteilung, die die Unschuldsvermutung in der Öffentlichkeit außer Kraft setzt. Zu befürchten ist, dass in vielen Fällen



auch keine richterliche Überprüfung stattfinden wird.

Auch die Gefährderansprachen (in NRW wurden 3.125 Personen zu Hause oder an ihren Arbeitsplätzen aufgesucht), Meldeauflagen (in NRW: 383) und Aufenthaltsverbote (in NRW 1.070 Bereichsbetretungsverbote) haben für diejenigen eine große Rolle gespielt, die vor der WM „auffällig“ geworden waren. Um Gewalt „vorbeugend“ zu verhindern, durften sie nicht mit den anderen Feiernden die Spiele in Stadien und auf den public viewing areas sehen. Ein Fan schickte uns seine ordnungsbehördliche Auflage, die ein Betretungsverbot für die Stadt Kaiserlautern für den gesamten Zeitraum der WM umfasste - außer in der Zeit von 3.00 bis 11.00 Uhr morgens. Es ist zu hoffen, dass diese Maßnahmen durch höhere Gerichte überprüft werden und den polizeilichen Eingriffsbefugnissen - zumindest ohne richterliche Überprüfung - deutliche Grenzen gesetzt werden.

### Noch mehr Ausforschung?

Die geplante Ausweitung der Anti-Terror-Gesetze passt in dieses Muster. Vor allem sollen weitere Möglichkeiten der Ausforschung von Zusammenhängen, der Überwachung und Datensammlung geschaffen werden. Die Sicherheitsbehörden wollen immer mehr und besser kontrollieren und werden selbst unkontrollierbar. Der Gipfel der acht reichen und mächtigen Staaten im nächsten Jahr in Heiligendamm wird das nächste große Experimentierfeld sein. Schweiz und Österreich haben schon angekündigt, das deutsche Sicherheitskonzept für die Europameisterschaft 08 zu übernehmen.

Bei all unserer Kritik am Sicherheitskonzept bleibt festzuhalten, dass dieses begeisterte Publikum der Polizei meist ein bedachtes und friedfertiges Auftreten ermöglichte. Erstaunt konnten wir auch beobachten, wie dieses Feiern manchmal unbürokratisch ermöglicht wurde. Public Viewing Areas wurden erweitert, Parkplätze zum Übernachten in den Autos eingerichtet und mitten in der Stadt Köln wurde es möglich zu zelten.

*Elke Steven*



© Martin Singe

## „Ferien vom Krieg“

Die Dialogseminare für junge Israeli und Palästinenser wurden lange vorbereitet. Am Tag, nachdem unser Koordinator die Pässe bei der deutschen Vertretung in Ramallah abgeholt hatte, marschierte die israelische Armee, als Revanche für die Entführung eines Soldaten, in Ramallah ein und verschleppte die Hälfte der palästinensischen Regierung und 67 gewählte Parlamentarier.

Seitdem dreht sich die Gewaltspirale noch schneller und fordert täglich neue Opfer auf beiden Seiten. Wenn unser Koordinator einen Tag gewartet hätte, wären 45 Flugtickets verfallen.

In dieser Situation sind vor ein paar Tagen junge Menschen aus Israel und Palästina zu „Ferien vom Krieg“ mit „den anderen“ gekommen. Noch können wir nichts über die Prozesse zwischen den Gruppen aussagen, es würde aber nicht verwundern, wenn die Auseinanderset-

zungen aggressiver ausgetragen würden oder die Stimmung gedrückter und weniger erwartungsfroh wäre als in den Vorjahren.

Bei den Freizeiten mit Jugendlichen aus den drei Entitäten Bosniens am Mittelmeer gibt es dagegen kaum noch Berührungängste. Bei friedenspädagogischen Workshops werden gemeinsame Perspektiven entwickelt. Das ist in Bosnien immer noch ein außergewöhnliches Unterfangen. Im Kosovo flammen die Feindseligkeiten immer wieder auf. Kinder und Jugendliche der serbischen Minderheit kommen kaum aus ihren Enklaven heraus. Kaum einer anderen Organisation ist es bisher gelungen, dass Angehörige beider Bevölkerungsgruppen gemeinsam unter einem Dach leben und die wechselseitige Perspektive kennen lernen wollen.

Wir möchten uns bei allen bedanken, die das einmalige Projekt „Ferien vom Krieg“ durch Spenden unterstützt haben. 1994 - 2006 konnten sich fast 20 000 junge Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten erholen und kennen lernen.

*Helga Dieter*